

Prüfseite zu Metadaten

Diese Seite dient nur zu internen Prüfzwecken und wird nicht gedruckt

| | |
|------------------|---|
| Zeitschrift | Jugendhilfe |
| Datum des Proofs | 20/10/2022 |
| Rubrik | Thema |
| Titel | Mit Streitförderern gegen Radikalisierung und Extremismus |
| Taxonomy | http://taxonomy.wolterskluwer.de/law/10295 |

Informationen über den Autor

| | |
|------------|-----------|
| Geschlecht | Männlich |
| Grad | Dr. |
| Vorname | Christian |
| Nachname | Boeser |
| Geschlecht | Männlich |
| Grad | |
| Vorname | Florian |
| Nachname | Wenzel |

Mit Streitförderern gegen Radikalisierung und Extremismus

CHRISTIAN BOESER UND FLORIAN WENZEL

»Der Wert eines Dialogs hängt vor allem von der Vielfalt der konkurrierenden Meinungen ab.«
Karl R. Popper (1945) – Die offene Gesellschaft und ihre Feinde

Die Frage, ob sich politische Bildung gegen Radikalisierung und Extremismus engagieren sollte, ist nur auf den ersten Blick trivial. Zu fragen ist zum einen, ob es legitim ist, dass sich politische Bildung gegen Radikalisierung und Extremismus positioniert. Und zu fragen ist zum anderen, ob und wie politische Bildung hier Wirkung entfalten kann. Der Beitrag diskutiert beide Fragen und begründet, warum die Förderung einer demokratischen Streitkultur sowohl für die schulische als auch außerschulische politische Bildung einen zentralen Stellenwert haben sollte. Zugespitzt formuliert: Politische Bildung sollte selbstbewusst für die Ausbildung von Streitförderern eintreten!

1. Zur Legitimation politischer Bildung gegen Radikalisierung und Extremismus

In einer Resolution mit dem Titel »Verteidigung der Republik – politische Bildung angesichts von Extremismus« aus dem Jahr 2018 betonen Experten der politischen Bildung: »Das Spektrum ... durch die Meinungsfreiheit gedeckter Sichtweisen ist groß. Es schließt auch solche Positionen ein, die als radikal gelten können, weil sie besonders konsequent einzelne Prinzipien oder Überzeugungen ins Zentrum stellen ...« (Edler/Hafenecker/Sander/Scherr 2018). Zu den Aufgaben politischer Bildung gehöre hier die Anregung kritischer Reflexion, also letztlich die Motivation sowie die Befähigung auch die eigene Position kritisch zu hinterfragen und die politische Urteilsfähigkeit weiterzuentwickeln.

Weiter heißt es in der Resolution: »Anders verhält es bei politischem Extremismus, der sich gegen Kernprinzipien der konstitutionellen Demokratie wendet. Als extremistisch können solche politischen menschen- und demokratiefeindlichen Positionen gelten, die

die rechtsstaatlich verfasste und menschenrechtsbasierte Demokratie, die freiheitliche Republik selbst und damit auch die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger beseitigen wollen« (ebd.). Dem Extremismus in all seinen Formen müsse entgegengetreten werden, da politische Bildung »eine Anwältin von Aufklärung und Humanität sowie der Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger« sei (ebd.). Gleichzeitig müsse politische Bildung »in ihrer eigenen Praxis ›die Intoleranz gegenüber jeder Intoleranz mit der Toleranz gegenüber den noch Intoleranten verbinden« (Wolfgang Hilgen)« (ebd.).

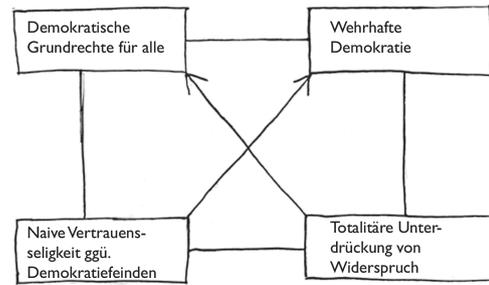
In den letzten Jahren wird in diesem Zusammenhang auf Veranstaltungen der politischen Bildung der Umgang mit »Rechtspopulismus« als herausfordernde Problematik beschrieben. Konkret manifestiert sich diese am Umgang mit der AfD. Ist es legitim, wenn die evangelische Kirche beschließt, dass beim Evangelischen Kirchentag 2019 keine AfD-Vertreter/innen auf Podien eingeladen werden? Oder ist nicht gerade auch hier eine streitbare Auseinandersetzung, ein offener Diskurs die richtige Antwort? Die Entscheidung ist auch deshalb so schwie-

Thema

rig, da sie ein fundamentales Wertedilemma berührt, welches im Grundgesetz angelegt ist: Auf der einen Seite stehen die demokratischen Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger, und auf der anderen Seite der Anspruch einer »wehrhaften Demokratie«. Wer sich diesem Spannungsfeld zuwendet, erkennt sehr schnell, dass es zwei Gefahren gibt: Erstens die Gefahr, dass Menschen, die zu den Grundwerten der Verfassung stehen, vom Diskurs ausgeschlossen werden, was von diesen zu Recht als undemokratisch empfunden wird und die Eskalation vorantreibt. Und zweitens die Gefahr, dass Demokratiefeinden, die sich als solche üblicherweise nicht offen zu erkennen geben, Räume geöffnet werden, in denen sie unsere Demokratie von innen angreifen können.

Diese Kontroverse lässt sich nicht auflösen, sondern erfordert eine fortwährende intensive Auseinandersetzung, um für jede konkrete Situation eine begründete Balance zwischen den zwei Grundwerten finden zu können. Mit der Darstellung eines »Werte- und Entwicklungsquadrats« (Schulz von Thun 2006) kann diese dauerhafte Herausforderung von Demokratie visualisiert werden: demokratische Grundrechte gelten für alle – also auch für und gerade für die, deren Meinungen »uns« vielleicht nicht so angenehm sind. Gleichzeitig kann dies im Extrem zur Aushöhlung des demokratischen Grundrahmens selbst führen und expliziten Demokratiefeinden ein machtvolles Instrument zu zerstörerischen Diskursen bieten. Deshalb ist als Gegenwert die wehrhafte Demokratie notwendig, die durchaus mit Sanktionen und juristischen Mitteln einen klaren Rahmen dessen, was gesagt werden kann, setzt. Auch dies – beobachtbar in vielen Ländern – kann in der Verabsolutierung natürlich wiederum als unterdrückerisches Instrument gegenüber jeglichem Widerspruch verwendet werden.

Das Spannungsfeld ist nicht per se auflösbar, sondern quasi in der Demokratie »eingebaut«, es muss immer wieder austariert werden: von Gerichten, von Organisationen,



(Quelle: ■■■Autor: bitte Quelle angeben)■■■

von politischer Bildung und letztlich von allen Bürgerinnen und Bürgern.

2. Zur Wirkung politischer Bildung gegen Radikalisierung und Extremismus

Neben der Legitimation politischer Bildung, sich gegen Radikalisierung und Extremismus zu positionieren, stellt sich die Frage, ob und wie politische Bildung hier Wirkung entfalten kann. Hierfür ist zunächst ein Blick auf die üblicherweise genannten Ursachen für Radikalisierung wichtig. Genannt werden (Bodensteiner/Schmid 2019):

- ungerechte Behandlung und Ausgrenzung;
- gefühlte Deprivation (Benachteiligung);
- Wunsch nach Zugehörigkeit;
- Suche nach einfachen Antworten auf Fragen unserer vielschichtigen Zeit;
- Wunsch nach Anerkennung und Bestätigung;
- Identitätssuche;
- Unkenntnis gewaltfreier Konfliktlösungen.

Als Gegenmaßnahmen werden sowohl repressive als auch präventive Ansätze genannt. Zu den präventiven zählen (ebd.):

- mündige Menschen, mit aktiver Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben;
- gelingende Integration aller Menschen, insbesondere der Migranten;

Mit Streitförderern gegen Radikalisierung und Extremismus

- Entgegenwirken von Parallelgesellschaften;
- Aufklärung über Demokratie und Verfassungswerte;
- Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiarbeit;
- Toleranzschulung auf demokratischer Basis;
- Kompetenzförderung im Umgang mit den neuen Medien;
- Beratungsangebote für Aussteiger, Gefährdete, Angehörige und Opfer.

Mehrere der genannten Ursachen und der präventiven Gegenmaßnahmen berühren ein Anliegen, welches im Zentrum eines Kooperationsprojekts der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und des Netzwerks Politische Bildung Bayern steht: die Förderung einer demokratischen Streitkultur. In dem Projekt »Profil zeigen! Für eine starke Demokratie« werden seit 2020 Erfahrungen aus einer langjährigen theoretischen und praktischen Auseinandersetzung im Rahmen eines Forschungs- und Konzeptentwicklungsprojekts (u.a. Boeser/Wenzel 2018) verdichtet und mit Workshops an Schulen in Bayern implementiert. Kern des Projekts: »Miteinander ins Gespräch kommen über kontroverse und emotionale Themen, konstruktive Auseinandersetzungen und auch Streit wagen, klare Position gegen Populisten beziehen – aber auch den kleinen Populisten in uns selbst wahrnehmen« (<https://www.profilzeigen.de/>).

Das Konzept zielt auf die Förderung der Streitkultur gerade auch im Umgang mit denjenigen, die sich auf eine Art und Weise äußern (bspw. in Stammtischparolen), dass ihnen oftmals die Diskursfähigkeit abgesprochen wird. Konkret geht es darum zwei problematische Reaktionsmuster auf Stammtischparolen, populistische Statements oder radikale Aussagen in Frage zu stellen, nämlich zum einen die Diskursvermeidung und zum anderen die Eskalation hin zu einem feindseligen Konfliktverhalten.

Normativ wird die Bedeutung einer nicht feindseligen, aber offenen Auseinandersetzung über unterschiedliche Positionen in sozialen Beziehungen sowie in einer demokratischen Gesellschaft vermittelt: Streit ist auch eine Lernchance – für den anderen und für uns selbst. Und Streit im Sinne des offenen Austragens von Meinungsverschiedenheiten ist auch für unsere Demokratie unverzichtbar: Wenn die demokratische Wertebasis berücksichtigt bleibt, ist Streit in der Demokratie auch ein Streit für die Demokratie, denn dann stärkt Streit die Demokratie (vgl. zum Ganzen auch *Sarcinelli 1990; Detjen 2012; Frick 2018; Haaf 2018; Friedman 2021*).

Statt Argumente und Argumentationstechniken in den Mittelpunkt zu rücken, wird bei »Profil zeigen! Für eine starke Demokratie« die eigene Haltung gegenüber dem Andersdenkenden reflektiert (bspw. auch der »kleine Populist«, der in einem selbst steckt) und es werden Strategien eingeübt, wie in der Balance von eigener Positionierung und Offenheit gegenüber der Position des anderen ein demokratischer Diskurs gelingen kann. Für viele sehr überraschend: manchmal hat die interessierte Nachfrage einen höheren Lerneffekt als das vorschnell vorgetragene Gegenargument.

Das Projekt reagiert auf einen wachsenden gesellschaftlichen Bedarf, der sich inzwischen nicht nur bei klassischen Bildungsträgern wie Schulen, Volkshochschulen oder Stiftungen zeigt, sondern auch bei Institutionen wie Bundeswehr, Feuerwehr, Polizei oder Verwaltungen. Hintergrund dafür ist, dass unsere Gesellschaft aktuell insbesondere bezogen auf die Themen Flüchtlinge, Klimaschutz, Gender, Corona oder Russland sehr polarisiert ist. Dies zeigt sich nicht nur in der Feindseligkeit bspw. zwischen AfD und Grünen oder in der Zerrissenheit der Volksparteien, sondern auch darin, dass in den Familien, in der Nachbarschaft oder in der Arbeit Menschen miteinander zu tun haben, die bei diesen Themen ganz unterschiedliche Auffassungen haben. Deutlich wird dies an einem Zitat einer PE-

Thema

GIDA-Demonstrantin: »Was mich vor Weihnachten sehr, sehr, also bis ins Mark getroffen hat, dass unsere eigene Tochter, promovierte Akademikerin, also völlig entsetzt war, dass wir zu Pegida gehen. Und sie uns erzählt hat, sie nimmt dort an dieser staatlich organisierten Gegendemo teil« (*Geiges/Marg/Walter* 2015, 104).

Wie soll man aber damit umgehen, wenn selbst in der Familie große Meinungsunterschiede bestehen? Viele Menschen tendieren dazu, die Auseinandersetzung im Privaten lieber zu vermeiden. Zu groß ist die Sorge, dass die Beziehungen Schaden nehmen, und zu gering ist die Hoffnung, dass das Gespräch überhaupt etwas bringen würde. Und doch entscheidet sich gerade in den vielen kleinen privaten Situationen, in denen ein Streit über politisch kontroverse Themen möglich wäre, wie sich unsere politische Kultur weiterentwickelt.

Die politische Kultur hängt nicht nur davon ab, ob und wie wir streiten, sondern auch davon, mit wem wir streiten. Beschränken wir uns auf diejenigen, die im Wesentlichen so denken wie wir? Oder streiten wir auch mit denjenigen, die ganz andere Vorstellungen, Meinungen und Interessen haben. Sich nur in seinem eigenen Meinungsspektrum, sich nur in seiner eigenen Meinungsblase und damit einer sozialen Echokammer zu bewegen, schwächt die demokratische Kultur und fördert Radikalisierung. Gerade bei gesellschaftlich kontroversen Themen ist der bewusst geführte Streit in der Gesellschaft eine Voraussetzung für politische Entscheidungsprozesse, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, die produktive Irritation der eigenen starr und statisch gewordenen Wertvorstellungen ist Elixier der Demokratie; das eigene Hinterfragen und Kennenlernen der anderen Meinung macht Überzeugungen erst lebendig und lebensrelevant. Erst wenn Spannungsfelder und Dilemmata bewusst werden, können sich Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen res-

pektvoll begegnen und Motor einer gemeinsamen Weiterentwicklung der Gesellschaft sein. Demokratische Streitkultur stellt sich immer auch die Frage: Wie finden wir einen Modus, so dass wir auch morgen verträglich miteinander in dieser Gesellschaft leben können (vgl. hierzu auch die Begegnungsformate »Dorfgespräch«: *Wenzel/Boeser* 2022 und »Lange Nacht der Demokratie«: *Boeser/Wenzel* 2022).

Grundlage einer demokratischen politischen Kultur ist die offene Auseinandersetzung über unterschiedliche Interessen und Werte. Eine Auseinandersetzung, die nicht feindselig aber eben doch auch »offen« sein muss. Offen hinsichtlich der Artikulation eigener Bedürfnisse und offen bezogen auf die Bedürfnisse, welche die anderen nennen.

Damit wird auch eine Forderung der oben erwähnten Resolution aufgenommen: »Politische Bildung ist ein Ort der Einübung und Pflege des Dialogs und der friedlichen Konfliktaustragung, auch über harte Fronten hinweg. Auch dadurch kann sie einen unverzichtbaren Beitrag zu einer freiheitlichen politischen Kultur leisten, gerade angesichts der Herausforderungen durch politischen Extremismus« (*Edler/Hafeneger/Sander/Scherr* 2018).

3. Mit Streitförderern gegen Radikalisierung und Extremismus

Aktuell haben wir in unserer Gesellschaft zwei Probleme: Zum einen die Tendenz, die offene Auseinandersetzung zu vermeiden, und zum anderen einen Hang zur Feindseligkeit gegenüber dem Andersdenkenden, insbesondere wenn sich die Unterschiede auf konfliktträchtige Themen beziehen. Die jüngste Shell-Jugendstudie bestätigt dies, wenn sie zum Ergebnis kommt, dass 56 % der befragten Jugendlichen Angst haben »vor einer wachsenden Feindseligkeit zwischen Men-

Mit Streitförderern gegen Radikalisierung und Extremismus

schen, die unterschiedlicher Meinung sind« (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2019, 15). Und auch Bundespräsident *Walter Steinmeier* forderte bereits in seiner Weihnachtsansprache 2018: »Wir müssen wieder lernen, zu streiten, ohne Schaum vorm Mund, und lernen, unsere Unterschiede auszuhalten. Wer Streit hat, kann sich auch wieder zusammenraufen. (...) Sprechen Sie mit Menschen, die nicht Ihrer Meinung sind« (Steinmeier 2018)! – Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang: Das Ergebnis der Shell-Jugendstudie und die Aussage des Bundespräsidenten stammen aus der Zeit vor der Corona-Pandemie und vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine.

Warum sollten wir in der politischen Bildung den Streitbegriff in das Zentrum rücken? Gerade weil Streit für viele Menschen etwas negativ Konnotiertes ist. So schreibt der Fachdidaktiker *Sutor* pointiert: »Der brave Bürger mag keinen Streit. Weil aber in der Politik ständig gestritten wird, mag er eben diese nicht« (Sutor 2011, 25).

Das Problem, welches *Sutor* beschreibt, liegt daran, dass auf der einen Seite gerade in der öffentlichen Wahrnehmung Streit als etwas Unangenehmes, als etwas zu Vermeidendes wahrgenommen wird. Auf der anderen Seite wird in der medialen Berichterstattung über politische Diskurse meist der Begriff »Streit« verwendet. Auch Politiker/innen verwenden ganz selbstverständlich den Begriff »Streit«, manchmal mit der Ergänzung »konstruktiv« oder »sachlich«.

Für politische Bildung ist es vor diesem Hintergrund wichtig, eine ausschließlich negative Konnotation des Begriffes »Streit« zu überwinden und positive Streiterfahrungen über politische Themen zu ermöglichen. Die Journalistin *Susanne Gaschke* dazu: »Die Erfahrung, dass Streit großartig und aufregend sein kann und eben nicht von vornherein etwas Hässliches, Unerfreuliches ist, scheint mir zentral für die Entwicklung eines politischen Gespürs, einer politischen Lebenseinstellung. Wer diese Erfahrung nicht möglichst früh und möglichst spielerisch machen kann,

wird immer unter dem Politikbetrieb leiden, wird ihn nie richtig verstehen, wird, wie so viele, die verdrossen oder distanziert sind, nur über »Parteiengetzänk« und »politische Streiterei« schimpfen. Und wer den Streit nicht versteht, kann auch keinen Sinn für die Schönheit des Kompromisses entwickeln« (Gaschke 2010, 6).

Was ist unter Streit zu verstehen? Bei Wikipedia heißt es: »Streit (...) ist das offene Austragen einer Meinungsverschiedenheit (...), die nicht (...) notwendigerweise stets feindselig sein muss (...)« (Wikipedia 2022).

Es gibt also unterschiedliche Arten von Streit und Streit muss nicht »feindselig sein«. Warum ist das wichtig? Die Antwort darauf gibt ein Gedankenexperiment, welches auch in den Workshops des Projekts »Profil zeigen! Für eine starke Demokratie« durchgeführt wird:

- Was wäre, wenn wir Meinungsverschiedenheiten in unserer Gesellschaft gar nicht mehr austragen würden, überhaupt nicht mehr streiten würden?
- Und was wäre, wenn wir Meinungsverschiedenheiten in unserer Gesellschaft immer feindselig austragen würden?

Für viele Teilnehmer/innen der Workshops ist die Erkenntnis überraschend, dass sowohl Streitvermeidung als auch feindseliger Streit auf Dauer Probleme verursachen. Beides macht Individuen unglücklich, verhindert gute Lösungen, zerstört soziale Beziehungen und schwächt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Hinzu kommt, dass Streitvermeidung oft zu feindseligem Streit führt (weil sich vieles aufstaut) und feindseliger Streit nicht selten eine streitvermeidende Haltung zur Konsequenz hat (weil er Angst verursacht).

Das Gedankenexperiment macht deutlich: Nicht der Streit, also das offene Austragen von Meinungsverschiedenheiten, ist das Problem, sondern sowohl die Vermeidung von Streit als auch das feindselige Streiten sind sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene problematisch.

Thema

In diesem Sinne sollte schulische und außerschulische politische Bildung zur Streitförderung befähigen und motivieren – es sollten Streitförderer ausgebildet werden. »Streitförderer«, die die offene Auseinandersetzung zu politischen Themen zwischen andersdenkenden unterstützen und vermeiden helfen, dass Andersdenkende lediglich feindselig übereinander reden, statt konstruktiv miteinander. »Streitförderer«, denen es darum geht, zu vermitteln, dass Streit, im Sinne einer offenen Auseinandersetzung über Interessen und Werte, in einer Demokratie unverzichtbar ist. Und die dazu befähigen wollen, politischen Streit so zu führen, dass die demokratische Wertebasis berücksichtigt bleibt.

In dem Namen »Streitförderer« steckt eine bewusste Provokation bzw. Irritation. Doch gerade in Zeiten, in denen Krisen zur Verabsolutierung der eigenen Meinung und damit auch zu einer Spaltung der Gesellschaft führen können, ist es wichtig, die freiheitliche und plurale Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen und Vielfalt als Ressource für ein lebendiges Miteinander zu stärken.

Der Bundespräsident hat recht: Streiten, gerade Streiten »ohne Schaum vorm Mund« muss man lernen. Ansonsten drohen Radikalisierung, Polarisierung, eine Zunahme extremistischer Positionen und das Zerfallen einer Gesellschaft.

Literatur

Albert/Hurrelmann/Quenzel, Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie, 2019.

Bodensteiner/Schmid, Radikalisierung und Extremismus. Eine Herausforderung für Demokratie und politische Bildung, 2017, online verfügbar unter: www.hss.de/download/publications/Argu_Kompakt_2017-10_Radikalisierung.pdf (06.10.2022).

Boeser/Wenzel, Lange Nacht der Demokratie: Inspiration, Begegnung und Reflexion im öffentlichen Raum, 2022.

Detjen, Streitkultur. Konfliktursachen, Konfliktarten und Konfliktbewältigung in der Demokratie, 2012.

Edler/Hafeneger/Sander/Scherr, Verteidigung der Republik – politische Bildung angesichts von Extremismus, 2018, online verfügbar unter: www.chaenge.org/p/%C3%B6ffentlichkeit-verteidigung-der-republik-politische-bildung-angesichts-von-extremismus (06.10.2022).

Frick, Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft, 2018.

Friedman, Streiten? Unbedingt!, 2021.

Gaschke 2010: Mitmachen? Warum nicht! DIE ZEIT vom 23.09.2010, S. 6.

Geiges/Marg/Walter, PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? 2015.

Haaf, Streit! Eine Aufforderung, 2018.

Sarcinelli (Hrsg.), Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, 1990.

Schulz von Thun, Miteinander Reden 2. Stile, Werte und Persönlichkeitsentwicklung, 2006.

Sutor, Politisch Lied – ein garstig Lied? 25 Essays zur politischen Ethik, 2011.

Wenzel/Boeser, Qualitätsstandards für »Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen«, 2019, online verfügbar unter: www.argumentationstraining-gegen-stammtischparolen.de/handreichung (06.10.2022).

Wenzel/Boeser, Dorfgespräch: Ein Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum, 2022.

► **Dr. Christian Boeser**
Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung an der Universität Augsburg
Am Hackelanger 6, 81241 München
Tel.: 01522 8638032
christian.boeser@phil.uni-augsburg.de

► **Florian Wenzel**
Selbstständiger Prozessbegleiter und Moderator
Sonnendorf 4, 83128 Halfing
Tel.: 08055 189157
florian.wenzel@peripheria.de